

VERFALL DES PARTEIENSTAATS

Neue Farbenlehre

Die Traditionsparteien behaupten, ihr eigentliches Feld der Bewährung sei die politische Mitte. Allerdings fehlt ihnen die konzeptionelle Kraft für eine überzeugende Definition, was die Mitte denn ausmacht. Die Sehnsucht der Bürger nach strategischen Perspektiven bleibt unbeantwortet



VON **WERNER
WEIDENFELD**

Seit etlichen Jahren befindet sich der Parteienstaat in einer Abwärtsspirale. Es begann mit nachlassender Wahlbeteiligung, Erschöpfungszuständen der Volksparteien, dann wachsender Distanz der Bürger zu allen Traditionsparteien. Die Mehrheitsbildungen wurden schwierig.

Die herkömmlichen, traditionell bekannten Koalitionen finden keine Mehrheit mehr. Die Demokratie rückt von der Mehrheitsdominanz in die Minderheitenmachtarchitektur. Neue Farben für neue Koalitionsformationen sind erfunden: Jamaika-Koalition, Kenia-Koalition. Wenn, wie in Thüringen,

traditionelle Parteien wie CDU, SPD, FDP und Grüne keine Mehrheit zustande bringen, wie soll dann demokratische Stabilität produziert werden?

Inzwischen sehen in Deutschland 52 Prozent der Menschen die Demokratie in Gefahr. Und mehr als 70 Prozent sagen, dass sie das alles nicht mehr verstehen. Die Antwort auf dieses Misstrauensdilemma besteht in wachsender Aggression. Im Alltag wird gerempelt, Hasstiraden erfüllen die digitale Welt – und schließlich kommt es zu Morddrohungen gegen aktive Politiker. Der Markt für populistische Einfachformeln wird weit geöffnet.

Mit großer Spannung sind die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen erwartet worden. Auch wenn es sich

nur um regionale Wahlen von bescheidener Größenordnung handelte (alle drei Bundesländer verfügen zusammen über knapp 8,8 Millionen Einwohner), hatten sie bundesweite historische Bedeutung: Schließlich wurde hier die Frage entschieden, ob ein neues Kapitel im Geschichtsbuch des Parteienstaats aufgeschlagen wird. Die Antwort lautet Ja! Denn dieser Parteienstaat weist nun eine andere machtpolitische Komposition auf als alle Vorgängerepochen. Die Republik wird nicht nur deutlich bunter, sie bebt geradezu.

Besondere Erwähnung verdienen die Rekordergebnisse der AfD in allen drei Bundesländern. Das ist nicht mehr ein Phänomen, das man früher unter „kleine Protestpartei“ einordnete, die dann an ihren eigenen internen Konflikten

FOTO: FABIAN BIMMER/REUTERS

scheitern würde. Das sind nun Stimmenanteile von einer Größenordnung, die früher in die Rubrik „Volkspartei“ gerückt wurden.

Natürlich kommt in diesen AfD-Erfolgen zunächst die Frustration vieler Wähler zum Ausdruck; Unzufriedenheit mit dem, was als Angebot der Demokratie wahrgenommen wird. Kurzum: Der Parteienstaat ist aus den Fugen geraten. Dieses Beben hat seine Ursachen in tiefer liegenden Dimensionen der politischen Kultur.

Verunsicherung statt Zuversicht

Wo früher Zufriedenheit, Zuversicht, Selbstgewissheit dominierten, sind nun Verunsicherung, Besorgnis, Frustration festzustellen. Das politisch-kulturelle Unterfutter der Gesellschaft hat sich tiefgreifend verändert. Das Bild von der Zukunftsgesellschaft, die Konzeption des künftigen Zusammenlebens, die Beschaffung von Legitimation, die Regelung der neuen weltpolitischen Risikostrukturen – alle diese Megathemen bleiben ohne präzise Behandlung. Stattdessen werden viele Details in einem situativen Krisenmanagement angegangen – vom Klima zur Migration, von der Landwirtschaft zur Rentenpolitik. Diese Sprunghaftigkeit wird begleitet von den üblichen politischen Machtspielen. Wer wird wen wie aus der politischen Führung abräumen?

Die Zeiten, in denen Wahlergebnisse mit den großen Paketen an Stammwählern erklärt werden konnten, sind vorbei. Die Bindungen sind verloren gegangen. An ihre Stelle sind fluide Stimmungsmilieus getreten: Man ist empört, frustriert, je nach Meldungslage. Die Politik begegnet heute den großen historischen Herausforderungen – von der Digitalisierung bis zur neuen demografischen Komposition der Gesellschaft, von der neuen Völkerwanderung bis zur aktuellen Risikolandschaft – mit Ratlosigkeit. Die Sehnsucht der Bürger nach strategischen Perspektiven bleibt unbeantwortet. Die Strategiekrisis der wankenden Republik verbindet sich auf fatale Weise mit den Sinnkrisen der verschiedenen Parteien.

Wo sind die Ursachen für diese neue Farbenlehre? Nun, die Gesellschaft verlangt zum elementaren Verstehen des politischen Lebens Kontexte, Deu-

tungsmuster, Gesellschaftsbilder. Die politischen Führungsfiguren der Traditionsparteien beschäftigen jedoch seither die Antennen der politischen Aufmerksamkeit weitgehend nur mit machttechnischen Prozeduren, Kämpfen und Finessen. Das führt zum Vertrauensverlust – und dabei ist Vertrauen der Sauerstoff der modernen arbeitsteiligen Gesellschaft.

Der Abstieg in die neue Epoche des Parteienstaats bringt eine fatale Gewöhnung an die von Aggressivität begleiteten Spaltungen der Gesellschaft

Ganz offensichtlich muss die Kunst einer zivilisierten Auseinandersetzung erst wieder eingeübt werden

mit sich. Sprachlosigkeit ist ebenso wie Ratlosigkeit festzustellen, wenn die Frage aufgeworfen wird, was denn diese Gesellschaft überhaupt noch zusammenhält. Mit politischen Details wie Mindestlohn, CO₂-Werten, Grundrente, Plastiktütenverbot, Mütterrente, Europäischer Einlagensicherung, Bienenschutz oder Gemeindeverkehrsfinanzierung ist eine in sich stimmige, kompakte Grundorientierung für die Zukunftsgesellschaft nicht zu liefern. Und so darf es nicht überraschen, wenn selbst die neue Farbenlehre des Parteiensystems keine neuen stabilen Mehrheiten liefert.

Kompromisse gelten als Niederlage

Inzwischen tun sich die Parteien sogar schwer, Erfolge zu vermelden. Kompromisse zwischen mehreren Parteien gelten als Niederlagen. Reformen werden als das gequälte Abarbeiten eines Koalitionsvertrags vermittelt. Nirgendwo ist im politischen Alltag so etwas wie Begeisterung wahrnehmbar.

Die Traditionsparteien behaupten, ihr eigentliches Feld der Bewährung sei die politische Mitte. Diese Kategorie ist zur Definitionshilfe der Abgrenzung und Ausgrenzung politischer Gegner geworden. Was aber die Mitte, die bürgerliche Mitte, definitorisch ausmacht, da fehlt den Parteien die konzeptionelle Kraft zur überzeugenden Auskunft.

Die Mitte selbst ist ja gesellschaftlich erodiert; sie ist hohl geworden. Sie wird nicht mehr gefunden. Vor diesem Hintergrund lauten die Schlagzeilen dieser Tage: „Eine Frage der Führung“, „Zeit für Mut“. Nur: Die Parteien liefern beides nicht. Die neue Überschrift lautet: „Die Kraftlosen“.

Führung und Mut zu fordern ist nicht von unrealen Ansprüchen getragen. Das zeigt ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Ein Konrad Adenauer lieferte nach der katastrophalsten Epoche deutscher Geschichte eine neue Aufbauperspektive. Er bot eine neue Vertrauensarchitektur mit der Einigung Europas und der Westbindung. Er kreierte – mithilfe Ludwig Erhards – das Wirtschaftswunder und gewann bei den Wahlen 1957 sogar die absolute Mehrheit. Ein Willy Brandt konnte ausrufen: „Demokratie fängt jetzt erst an.“ Und mit der Entspannungspolitik einen großen Aufbruch liefern. Ein Helmut Kohl wurde zwar zuerst belächelt wegen seiner Ankündigung von der „geistig-moralischen Wende“, aber dann war die besondere Resonanz spürbar. Und in Ansätzen war auch Gerhard Schröders Agenda 2010 eine Orientierungshilfe. Heute wird der suchende Bürger allein gelassen.

Nun könnte man die verunsicherte Republik auf Europa als möglichen politischen und geistigen Haltepunkt verweisen. Kein Land kann die Sicherheit allein bieten. Kein Land kann die Völkerwanderung allein angehen und meistern. Aber auch Europa bleibt strategisch sprachlos – ein strategisches Angebot bleibt aus. So gerät die Erfolgsgeschichte Europas in Vergessenheit.

Aber es ist nicht nur die geistige und politische Not der ratlosen Normalität. Der skeptische Zweifel der Europäer nagt tiefer. Der Halt ist verloren gegangen, und es wird auch hier die Sinnfrage aufgeworfen. Wozu überhaupt Europa? Was hält Europa zusammen? Europa ist vom Dauerkrisenmodus übergegangen in eine ernste Zivilisationsprüfung.

Ganz offensichtlich muss die Kunst einer zivilisierten Auseinandersetzung erst wieder eingeübt werden. Jede Partei sollte eine „Schule des strategischen Denkens“ gründen – und anschließend sollten sie gemeinsam eine strategische Kultur entwickeln. ■